



Antrag auf Rücküberweisung des TOP Ö6 der Sitzung des Rates am 19.09.2024 zur weiteren Beratung in den Planungsausschuss (PLA)

Bündnis 90 / Die Grünen beantragt, die Entscheidung zum *Bebauungsplan Nr. 27 b "Hogschlag", 1. Änd. "Teilbereich Ost", Aufstellungsbeschluss - Erweiterung Geltungsbereich, Entwurfsbeschluss sowie Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden* nicht in der Ratssitzung am 19.09.2024 zu treffen, sondern in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses zu beraten, wie angesichts inzwischen geäußerter Bedenken der Anwohner*innen weiter verfahren werden soll.

Begründung:

Unsere Fraktion hat dem ursprünglichen Aufstellungsbeschluss für den *Bebauungsplan Nr. 27 b "Hogschlag", 1. Änd. "Teilbereich Ost"* am 06.12.2022 im PLA zugestimmt. In der Ratssitzung vom 22.12.2022 fand der Beschluss eine Mehrheit. Auch in der PLA-Sitzung am 03.09.2024 hat unsere Fraktion den geänderten Aspekten – mit einigen Rückfragen, siehe Protokoll – zugestimmt. Wir unterstützen weiterhin ein Bauvorhaben an dieser Stelle, halten es aber angesichts des sich abzeichnenden Widerstands der zukünftigen Nachbarschaft gegen das Projekt gemäß dem aktuell vorliegenden Konzept für ratsam, noch einmal das Gespräch mit dem Bauherrn zu suchen und sowohl ihm als auch der zukünftigen Nachbarschaft die Gelegenheit zu geben, einander ihre Standpunkte bekannt zu machen. Bevor Zeit und Kosten für ein Beteiligungsverfahren sowie die spätere Aufstellung des B-Plans inklusive der erforderlichen Gutachten aufgewendet werden, sollte sichergestellt werden, dass gegenseitiges Verständnis erzielt werden kann und keine gerichtlichen Verfahren angestrengt werden. Die Bedenken der jetzigen Anwohner*innen beziehen sich auf die Höhe und voraussichtliche Wuchtigkeit des Vorhabens sowie die Unvereinbarkeit mit früheren Vorgaben, wie z.B. in der MV/2019/046 nachzulesen, wo es u.a. heißt, dass der heute landschaftsprägende Stadteingang in seiner Wirkung sowie die Stadtbildqualität weitestgehend zu erhalten sind. Auch die infrastrukturelle Belastung wird von der zukünftigen Nachbarschaft mit Sorge gesehen. Auch wenn § 34 hier nicht zur Anwendung kommt, wünschen sich die Anwohner*innen, dass ein „Einfügungsgebot“ beachtet wird. Unsere Fraktion unterstützt die Schaffung von Wohnraum in einer, zwar nicht direkt innenstädtischen aber gut angebundenen Lage, sieht aber angesichts der Verständigungsdefizite weiteren Beratungsbedarf und bittet um Zustimmung, den Tagesordnungspunkt zurück in den PLA zu verweisen.

Petra Goll für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

